

Allgemeine Zeitung.

Mit allerhöchsten Privilegien.

Mittwoch

N^{ro.} 48.

17 Februar 1850.

Spanisches Amerika. (Schreiben über Buenos-ayres.) — Spanien. (Finanzdekrete.) — Großbritannien. (Schreiben aus London.) — Frankreich. — Italien. (Schreiben aus Rom.) — Schweiz. (Schreiben aus Bern.) — Deutschland. (Schreiben aus München) — Preußen. (Schreiben aus Berlin.) — Beilage N^{ro.} 48. Englische Parlamentärverhandlungen. — Schreiben aus Dresden. — Rußland. — Anzündigungen.

Spanisches Amerika.

* Vom Rhein, 12 Febr. Die neuesten Briefe und Zeitungen aus Buenos-ayres, die bis zum 12 Nov. vorigen Jahres reichen, stimmen darin überein, daß sich die Ordnung in diesem Lande täglich mehr befestigt, und daß die neue Regierung das ihr zu Theil gewordene Zutrauen durch Mäßigung, durch Sparsamkeit in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes, und durch zweckmäßige Organisation der innern Verwaltung zu verdienen sucht. Darüber scheinen alle Parteien einig; also kan die jezige Regierung sich mit Recht rühmen, etwas erreicht zu haben, was vor ihr noch keiner bei gleich gutem Willen gelingen wollte, nemlich die Zufriedenheit Aller. Da mithin die Bemühungen der Regierung durch keine Chikanen und Umtriebe einer selbstsüchtigen Opposition gehemmt sind, wie bis bei allen Regierungen jenes Landes seit der Trennung von Spanien der Fall war, so läßt sich erwarten, daß sie die Wunden, welche die letzte Revolution dem Wohlstande des Landes geschlagen hat, schneller heilen wird, als man wohl früher vermuthen durfte. Die sechsprozentigen Staatspapiere, noch vor Kurzem auf 45 Prozent zurückgegangen, haben sich bereits auf 60 gehoben, und scheinen noch höher gehn zu wollen. — Leider genießen aber noch nicht alle Provinzen der sogenannten La-Plata-Union der nemlichen Ruhe, deren Buenos-ayres sich erfreut, vielmehr fangen jene erst da an, wo letzteres aufgehört hat. Dis ist unstreitig ein Uebel, aber ein nothwendiges, denn soll die Republik (jezt so gut wie aufgelöst) wiederhergestellt werden, so ist Gleichheit der Regierungsform bei allen Provinzen, welche die Republik zu bilden bestimmt sind, die unerläßliche Vorbedingung einer Vereinigung der Theile unter einer Centralregierung. Man muß daher den Föderalisten, welche eben jezt mit dem Sturze der Regierungen von Mendoza, Catamarca u. s. w. (welche der Partei der Unitarier eifrig zugethan sind) sich beschäftigen, einen schnellen und vollständigen Erfolg wünschen, da von ihm die Reorganisation der Republik, also das Wohl des Ganzen so wie der Friede und die Ruhe der benachbarten Provinzen abhängen. Der Kaiser von Brasilien soll den ihm vorgelegten Verfassungsentwurf der Banda oriental, ohne die geringste Einwendung, gutgeheßen haben. Dis gereicht ihm zur großen Ehre, denn wäre er geneigt sich den Stipulationen des Friedensvertrags mit Buenos-ayres zu entziehen, um die jezige Schwäche des Landes, das ihm jenen nachtheiligen Frieden abgedrungen hat, zu benutzen, so hätte die Verfassung der Banda oriental reichen Stoff zu neuen Einmischungen, und eine erwünschte Gelegenheit mit einigem Scheine Rechts zu brechen, dargeboten. — Der in Europa bereits verkündigte Nachricht von der endlichen Freilassung des seit Jahren in Paraguay festgehaltenen Bonpland, wird in den vor uns liegenden

Briefen aus Buenos-ayres nur als ein Gerücht erwähnt, das der Bestätigung noch bedürfe. Wir finden das Mißtrauen der Leute zu Buenos-ayres in die Gnade des Diktators Francia zwar gerecht, glauben aber dennoch, daß es sich mit der Freilassung des Hrn. Bonpland so verhalte, wie uns der Universal aus Montevideo berichtet; wir hoffen und wünschen dieses sowol zu Gunsten des unglücklichen Reisenden, als auch im Interesse der Wissenschaft, die sich von dessen bisherigen Forschungen gewiß eine nicht unbedeutende Ausbeute zu versprechen hat.

Spanien.

Ein siebentes Dekret, das die Madrider Hofzeitung vom 26 Jan. enthält, lautet folgendermaßen: „Die am 1 Sept. 1828 zur Bestimmung des wirklichen Etats der Ausgaben und Einnahmen des Schazes und zur Vorschlagung von Mitteln, sie in Einklang zu stellen, niedergesezte Junta schlug vor, daß die Hauptstädte der privilegierten Provinzen und die Seehäfen, die der Thürsteuer in Gemäßheit Meines Dekrets vom 30 Mal 1817 unterworfen sind, auch der Zahlung der vier Prozents von dem Ertrage der Verkäufe unbeweglicher Güter unterworfen seyn sollen, eine Steuer, von der sie Mein besagtes Dekret befreite. Nach zu Rathe gezogener Ansicht Meines Ministerkonseils über diesen Gegenstand habe Ich befohlen: daß vom 1 Jan. 1850 an, die vierprozentige Steuer von dem Ertrage der Verkäufe unbeweglicher Güter in den privilegierten Hauptstädten Meiner Provinzen und in den Seehäfen, die der Thürsteuer unterworfen sind, gefordert werden sollen. Sie sind mit Vollziehung gegenwärtigen Dekrets nach seiner ganzen Kraft und seinem ganzen Inhalte beauftragt. (Unters.) Ich der König.

Ein achttes Dekret lautet: „In der Absicht den Ertrag der Steuern auf Branntwein und Liqueurs zu erhöhen, die in Gemäßheit Meines Dekrets vom 16 Febr. 1824 aufgelegt worden sind, befohl Ich am 15 Dec. 1826 die Annahme verschiedener Maßregeln. Der Zweck einer derselben war, dem sogenannten Einkommen der propios y arbitrios der Gemeinden den dritten Theil der aus der Pacht der besagten Steuern erwachsenden Summen aufzulegen. Da dieser Zweig einen beträchtlichen Zuwachs erhalten hat, so glaubt die Spezialkommission, die Ich am 1 Sept. 1828 mit Prüfung der Staatslasten und der zur Deckung derselben stattfindenden Hilfsquellen, so wie mit Vorschlagung von Mitteln beauftragt habe, die geeignet wären, ein Gleichgewicht zwischen dem Einen und dem Andern herzustellen, daß man diese Steuer jezt zurücknehmen könne. In Erwägung also der Ansicht der Kommission, die Sie billigen, und nach Anhörung Meines Ministerkonseils habe Ich Folgendes befohlen: Vom 1 Jan. 1850 an soll die Verwaltung der propios der Gemeinden, deren Muniz-

palitäten, die Branntwein- und Liqueursteuer gepachtet haben, nur noch den fünften Theil des Ertrags dieser Steuer, statt des früher in Gemäßheit der Verfügungen des 18ten Artikels Meines oben angeführten Dekrets vom 15 Dec. 1826, bezogenen Drittheils erheben, und besagtes Dekret soll in dieser Hinsicht zurückgenommen seyn. Sie sind mit Vollziehung gegenwärtigen Dekrets u. s. w. (Unterz. :) Ich der König."

Neuntes Dekret: „Nachdem Mir die mit Vorschlagung der geeignetsten Mittel, die Ausgaben des königlichen Schazes mit seinen Einnahmen in Einklang zu setzen, beauftragte Junta vorgestellt hat, daß man jeder Verwaltung zehn Prozente für die Kosten bewilligt hat, und daß selbst unter Privatleuten diese Gebühr den Verwaltern angewiesen wird; nachdem ferner diese Junta der Ansicht war, daß man statt der Vierprozents den Perzeptionsbetrag der Steuer, die Mein königlicher Schaz auf die Summen zu erheben hat, die dessen Beamten sowol für Rechnung verschiedener Körperschaften, als für Rechnung von Privatleuten zu beziehen beauftragt sind, auf die zehn Prozente erhöhen soll, so habe Ich diese Ansicht genehmigt, und nach Anhörung Meines Ministerkonnseils befohlen: Vom 1 Jan. 1830 an sollen statt vier Prozents, die bisher bezogen wurden, auf die Einkünfte der verschiedenen Körperschaften oder Privatleute, für deren Rechnung Mein königlicher Schaz diese Steuer einnimmt, unter dem Titel als Entschädigung für die Erhebungskosten 10 Prozente bezogen werden. Sie sind mit Vollziehung u. s. w. (Unterz. :) Ich der König."

G r o ß b r i t a n n i e n .

London, 6 Febr. Die Parlamentsverhandlungen wirkten fortwährend nachtheilig auf die Stofs. Die Konsol. 3 Proz. wurden bei Eröffnung der heutigen Börse zu $91\frac{1}{8}$, am Schluß zu $92\frac{1}{4}$ notirt. Russische Fonds $110\frac{1}{2}$; brasillische $70\frac{3}{4}$; portugiesische 60; griechische $35\frac{1}{2}$; Buenos-ayres 32; mericanische $25\frac{1}{4}$; columbische $23\frac{1}{4}$; peruanische 19; Cortes $12\frac{1}{4}$.

Die Times vom 5 Febr. sagen: „Nach den Verhandlungen der verfloffenen Nacht zu urtheilen, ist die Opposition gegen die Minister aus so unharmonischen Bestandtheilen zusammengesetzt, daß keine Vereinigung derselben zu einem gemeinschaftlichen Zwecke zu erwarten seyn dürfte. Die Whigs oder liberalen Sprecher im Oberhause, die gegen die Verwaltung mehr mißtrauisch als feindselig scheinen, weigerten sich, mit Ausnahme des Grafen Carnarvon, Lord Stanhope's Amendement zu unterstützen. Wenn solche Zwietracht im Lager herrscht, so ist es nicht wahrscheinlich, daß kriegerische Operationen nach einem großen oder entscheidenden Maßstabe unternommen, noch weniger aber, daß sie von Erfolg seyn werden. Die Wirkung von Lord Stanhope's Beredsamkeit im Hause der Lords bestand darin, daß eine Minorität von neun Stimmen zu Tage kam, an ihrer Spitze eine erlauchte Person (der Herzog von Cumberland), deren Patronat ohne Zweifel eine Entschädigung für die geringe Anzahl ist." — Der Globe behauptet, wenn alle Mitglieder der Opposition im Unterhause für das Amendement gestimmt hätten, so wäre eine Majorität von drei Stimmen gegen das Ministerium vorhanden gewesen, indem für die Adresse 138 und für das Amendement 105 votirt, unter erstern aber 28 Oppositionsmitglieder sich befunden hätten. Diese Thatsache beweise augenscheinlich den Entschluß der Mehrheit, gewissenhaft und ohne systematischen Oppositionsplan ihre Stimmen abzugeben.

Die bekannten Argyll Rooms waren in der Nacht vom 5 zum 6 Febr. durch Feuer verheert worden.

* London, 5 Febr. Die erste Zusammenkunft des Parlaments, welche gestern statt fand, bot nicht ganz das erwartete Interesse dar. Die Thronrede ist zwar in ziemlich nüchternem Tone, aber mit vieler Klugheit und ohne Zweifel bona fide abgefaßt. Diese Reden vom Throne sind meistens in schwankender Allgemeinheit gehalten, eben weil sie vom Throne kommen, und ihr Inhalt die Regierung ohne Rückkehr binden würde. Die Adressen, welche hintennach vorgeschlagen werden, kommen immer indirekt von den Ministern selbst, und sagen deswegen nicht viel mehr als die Rede. Wenn man also mehr zu wissen verlangt, so muß es den Ministern durch Opposition entlockt werden. Diese Opposition ging diesmal, wie schon in der vorigen Session, vorzüglich von den alten Tories aus, zeigte sich aber, besonders im Oberhause, weit schwächer als damals. Die Minister bezeugten keine besondere Lust sich über die auswärtigen Angelegenheiten näher zu erklären. Im Unterhause sprachen Sir Edward Anstebull, als das Haupt der Tory-Opposition, und Hr. Huskisson, als das Haupt der stellenlosen Beamten, am entschiedensten gegen das Ministerium. Die Whigs waren sehr gemäßigt, und Hr. Brougham besonders erklärte, daß er nur deswegen für das von der Opposition vorgeschlagene Amendement stimme, weil dasselbe mehr Mitgefühl für das Leiden des Volkes ausdrücke, aber keinesweges um damit eine Feindseligkeit gegen die Regierung an den Tag zu legen. Hr. O'Connell hielt seine erste Rede, und erklärte sich für einen allgemeinen und durchgreifenden Reformator. Die Ausgaben, sagte er, müssen auf fünfzehn oder zwanzig Millionen herabgebracht, die Rechtspflege gänzlich umgeändert, das Parlament durchaus reformirt werden. Er sprach jedoch in gemäßigten Ausdrücken und wurde mit Aufmerksamkeit angehört. Sonst wurden die Reformer nicht besonders laut. Der Hauptstreit drehte sich um die Frage, ob die Noth allgemein und dauernd, oder nur vorübergehend sey, und nur in einigen Gegenden und unter besondern Klassen herrsche. Wie mir scheint, haben die Minister das Letztere, oder doch wenigstens so viel bewiesen, daß das Parlament wenig dagegen zu thun vermöge. — Den 9 d. wird die Regierung eine Untersuchung über den Handel mit Indien und China vorschlagen; und ohne Zweifel wird sie im Laufe der Session zeigen, daß sie in dieser Hinsicht nicht müßig gewesen ist. Dagegen weiß man jetzt zuverlässig aus einer Antwort, welche der Herzog von Wellington auf eine Anfrage gegeben, daß die Minister nichts gegen die Kirchengüter zu unternehmen gedenken.

F r a n k r e i c h .

Am 7 Febr. empfing der Herzog von Bordeaux, in Gegenwart des Königs, des Dauphins, der Dauphine und der Herzogin von Berry, aus den Händen der Kommission für die Subscription der Domaine Chambord, die Urkunde über das ihm mit dieser Domaine gemachte Geschenk.

Die meisten Pariser Journale machen ihre Bemerkungen über die von zwei Mitgliedern des vorigen französischen Ministeriums an den Moniteur eingesandte Bemerkung (s. die gestrige Allgem. Zeitung), worin sie die Beschuldigung zurückwiesen, als ob sie sich in irgend eine Unterhandlung oder Intrigue in Bezug auf eine neue Zusammensetzung des Ministeriums eingelassen hätten. — Der Courrier français nennt geradezu die Namen — Roy und Martignac. Dieses Blatt aber, so wie das Journal le

Temp, macht ihnen heftige Vorwürfe über die unbestimmte und schüchterne Haltung dieser Note, in der sie sich scheuten, eine entschiedene Gesinnung dem Ministerium gegenüber auszusprechen; man sehe hier wieder dasselbe Schwanken, denselben Mangel an Offenheit, wie zu der Zeit als sie noch Minister gewesen. Die Gazette de France sieht in diesen Aeußerungen der liberalen Blätter den Beweis, wie unmöglich eine Koalition der Verwaltung, ein Ministerium des Mittelweges sey, da die liberalen Journale Menschen, die eine doppelte Rolle spielen wollen, verachteten.

Dem Moniteur zufolge ist der bekannte Fontan, der wegen eines für die Person des Königs beleidigenden Artikels zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt worden war, und sich deswegen nach den Niederlanden geflüchtet hatte, in Paris verhaftet worden.

Die Quotidienne versichert, der spanische Botschafter habe am 5 Febr. einen Courier nach Madrid abgesandt, um das dortige Kabinet von der durch Frankreich gefaßten Entschliessung einer Expedition gegen Algier in Kenntniß zu setzen, und im Namen der französischen Regierung anzufragen, ob die Expedition nöthigenfalls in den Häfen der Halbinsel ausruhen oder Lebensmittel einnehmen könnte.

Das Journal du Commerce schreibt: „Ein diesen Abend von Amsterdam angekommener außerordentlicher Courier meldet die nahe Abreise eines der Chefs des Hauses Hope und Komp. nach Antwerpen, wo er am 13 d. mit Hrn. Aguado zusammentreffen soll, um sich mit ihm über die Liquidationsmittel der Obligationen der holländischen Anleihen zu verständigen, in Folge der letzten Anleihe in perpetuellen Renten, die zu diesem Ende von dem Bankier Sr. katholischen Majestät kontrahirt wurden.“

Die Gazette de France bezeichnet als Tageslügen folgende Angaben des Constitutionnel: „Das Ministerium wird für die Expedition gegen Algier einen Kredit von 80 Millionen fordern. — Hr. v. Willele wird unverzüglich in Paris erwartet. — Der Pforte bleibt noch die Wahl zwischen beschränkten Gränzen neben vollständiger Unabhängigkeit Griechenlands, oder einer größern Ausdehnung der Gränzen, wobei sie sich aber die Suzerainetät über das Land vorbehele.“ Der letztern Behauptung fügt die Gazette bei: „Diese Nachricht, die das liberale Journal aus einer deutschen Zeitung (vermuthlich ist hier die Allgem. Zeitung gemeint) entlehnte, ist durchaus falsch. Griechenland ist entschieden zum unabhängigen Staate geschaffen.“

Italien.

† Rom, 4 Febr. Vorgestern wurde Msgr. Mauri, Substitut des Kardinal-Staatssekretärs, in einer Gesellschaft beim Duca Torlonia vom Schlage getroffen. Man glaubte früher einmal im Publikum die von ihm bekleidete Stelle eines Unterstaatssekretärs für Msgr. Capicini, Minister des heil. Stuhls am königl. niederländischen Hofe, bestimmt, der jedoch wohl jetzt einen zu hohen Posten bekleidet, und außerdem auch dort schwer zu entbehren seyn möchte. Ein allgemeines Bedauern hat hier die Nachricht erregt, daß der Graf de Celles, königl. niederländischer Botschafter am hiesigen Hofe, nicht wieder zurückkehren wird.

Schweiz.

* Bern, 10 Febr. Man erwartet um die Mitte dieses Monats die Ankunft des angekündigten neuen französischen Botschafters, des Marquis von Gabriac, und der eidgenössische Vorort scheint

einen großen Werth darauf zu setzen, gleich nach seinem Eintreffen die Unterhandlung wegen der Militärkapitulationen oder der Auslegung des Artikels derselben, welcher die nationale Gerichtsbarkeit der Schweizerregimenter betrifft, anzuhängen. Die Tagsatzung hatte, auf den klaren Artikel gegründet, das neue Strafgesetzbuch für die Regimenter erlassen, dessen Einführung den Obristen dieser Regimenter mißfällig war, und die das Kriegeministerium unschwer vermochten dagegen Einsprache zu machen. Es gab ein leichtes Mittel die ungehorsamen Regimentschefs gehorsam zu machen, man durfte nur die Werbung einstellen, bis sie sich fügten. Das that man nicht, man gab vielmehr zu, daß jene die französischen Behörden vorschoben, und man will nun mit diesen unterhandeln; obgleich in Wahrheit Niemand weiß worüber, denn zur Stunde noch hat Frankreich nicht gesagt, was in dem neuen Gesetzbuche sey, das nicht recht gut ausführbar und in Frankreich völlig anwendbar seyn sollte. Daß nichts Ehrenvolles bei dieser Unterhandlung für die Kantone sich ergeben wird, fühlt man, und darum will man das Geschäft, welches bisher seiner Natur nach ein sehr öffentliches war, nun plötzlich in ein geheimes verwandeln. Durch Kreisschreiben vom 21 Dec. lezthin machte der geheime Rath von Bern bei den Kantonsregierungen die Anfrage: ob sie zu Unterhandlungen Hand bieten wollten, die kaum vermieden werden könnten, und die der abgehende Botschafter, Graf v. Rayneval, einzuleiten bemüht gewesen sey; das Rundschreiben schloß sich mit den Worten: „Da der Herr Botschafter im Laufe der mündlichen Unterhandlungen mehrmals auf den Nachtheil jeder unzeitigen Publizität in dieser Sache aufmerksam gemacht hat, weil daraus leicht unübersteigliche Hindernisse für die Unterhandlung selbst entstehen dürften, so werden die eidgenössischen Regierungen ersucht, für unbedingte Geheimhaltung des ganzen Inhalts dieses Berichts und seiner Beilagen zu sorgen. Nur in dieser Zuversicht kan die vorörtliche Behörde den Rückäußerungen und Erklärungen aller hohen Stände mit Beruhigung entgegen sehen.“ Es scheint wirklich diese Erklärungen der Stände seyen zustimmend für die Unterhandlung gewesen, denn bereits kennt man die vier eidgenössischen Magistrate, welche die vorörtliche Behörde zu Unterhandlungskommissarien ernannt hat. Es sind die Herren Schultheiß von Wattenwyl von Bern, Bürgermeister von Wipf von Zürich, Schultheiß von Diesbach-Torny von Freiburg und Bundespräsident von Sallis-Soglio aus Bündten. Dem großen Rath von Bern ward in der Sitzung vom 6 Febr. eröffnet, die von der Tagsatzung ernannten Vermittler (die Herren v. Reinhard und Rüttimann) in der Streitsache mit Waadt wegen des Bernischen Wein-Ohmgelds oder Wein-Einfuhrzolls, hätten sich an den kleinen Rath gewendet, um zu erfahren, ob man die Vermittelung annehmen wolle? Die Sache wurde an den geheimen Rath zur Berichterstattung gewiesen, und zwar soll er während der Dauer dieser Wintersitzung berichten. Die dem großen Rathe von Bern eingereichte Uebersicht der in den letzten Jahren beurtheilten Civil- und Kriminalprozesse zeigt das erfreuliche Ergebnis, daß die erstern seit der Erscheinung des neuen Civilgesetzbuchs beinahe um die Hälfte sich vermindert haben. Es ist möglich, daß die neue Gesetzgebung nicht ausschließlich davon Ursache ist, und daß auch andere Verhältnisse dazu mitgewirkt haben. Immerhin bleibt so viel gewiß, daß die Gründe, seyen sie welche sie wollen, erst mit der Erscheinung des Civilgesetzbuchs zu wirken angefangen haben.

D e u t s c h l a n d.

* M ü n c h e n , 15 Febr. Gestern Abend um 5 Uhr ist der berühmte Bildhauer Albert Thorwaldsen aus Rom glücklich hier angekommen, um bei der Aufstellung und Aufdeckung des von ihm ausgeführten Grabdenkmals des Hrn. Herzogs Eugen von Leuchtenberg gegenwärtig zu seyn. Er wurde schon vorgestern zu einem glänzenden Balle erwartet, den eine beträchtliche Zahl angesehenen Einwohner aus den verschiedenen Ständen unsrer Stadt den Künstlern als Erwiderung auf die schönen Bälle gab, zu denen sie in den frühern Jahren von ihnen waren geladen worden. Man hatte gehofft, diesen Ball durch die Gegenwart des ersten Bildhauers unsrer Zeit verherrlicht zu sehen. Das Monument, welches wie bekannt die Frau Herzogin von Leuchtenberg k. Hoheit Ihrem verstorbenen Gemahl in der Michaelskirche errichten läßt, wird schon am 20 d. M. aufgedeckt werden, da der 21, als der Todestag des Hrn. Herzogs, auf einen Sonntag fällt; es wird eine der größten plastischen Sierden unsrer Haupt- und Residenzstadt bilden. Wir hören zu unserm Bedauern, daß sein berühmter Urheber uns gleich darauf schon wieder verlassen will, hoffen jedoch, daß die Huld seines königlichen Beschützers und Gönners, der ihn zum erstenmal in seiner Hauptstadt empfängt, die Liebe seiner zahlreichen Verehrer und Freunde, und die Schätze unsrer Kunstsammlungen ihn zu einem längern Aufenthalte in unsrer Mitte bestimmen werden. Er ist in der Wohnung seines in Italien abwesenden Freundes und Kunstgenossen, des Hrn. Professors Rauch aus Berlin, hier abgestiegen.

Se. k. H. der Großherzog von Hessen haben den kön. bayerischen Ministerialräthen im Finanzdepartement, v. Panzer und v. Wirsching, das Ritterkreuz des großherzoglichen Hausordens ertheilt.

Se. königl. Majestät von Bayern haben den, auch durch seine Verdienste um die Landwirthschaft im Oberdonaukreise rühmlich bekannten Freiherrn v. Losbeck auf Weihern ic. zu Höchstihrem Kammerherrn zu ernennen geruht.

Durch das großherzoglich badische Regierungsblatt vom 4 Febr. wird ein mit dem Kaiserthum Oestreich am 30 Jul. v. J. abgeschlossener Militär = Kartelvertrag zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Eisdefe des Rheins hatte sich in der Gegend von Breisach und Straßburg am 10 Febr. in Bewegung gesetzt; bei Mannheim aber stand sie am 12 Abends, bei einem Wasserstande von 2 Fuß 9 Zoll unter dem bekannten höchsten, noch fest.

P r e u ß e n.

* † Berlin, 8 Febr. Die ältesten Leute wissen sich hier einer solchen Dauer des Winters nicht zu entsinnen; seit vierzehn Wochen haben wir nun ununterbrochenen Frost, die Kälte hält sich noch immer zwischen 8—11 Gr., ohne allen Anschein zu Thauwetter, welches, wenn es schnell einträte, sogar in der Stadt die Kommunikation hemmen dürfte, so wenig war man im Stande das Eis und den Schnee aus den Straßen zu schaffen. — Unsere Zeitungen von vorgestern melden, daß dem ehemaligen Polizeipräsidenten von Paris, Hrn. Debelleyme, und dem ersten Generaladvokaten, Julien zu Metz, der rothe Adlerorden dritter Klasse verliehen worden. Man weiß mit ziemlicher Gewißheit, daß dieses in Folge wichtiger Dienste geschah, welche diese Herren, mit vieler Umsicht und rascher Zuverlässigkeit, bei Entdeckung und Zerstörung einer im Departement des Oberrheins eingerichteten An-

stalt leisteten, die mit Verfertigung falscher preuß. Tresorscheine beschäftigt war. Nur eine sehr unbedeutende Summe dieser falschen Scheine ist von den Verbrechern ausgegeben und sogleich erkannt worden; daher diese Fälschung auch einzig und allein für die Uebelthäter von Folgen seyn wird. — Gestern ist das neue Gesangbuch in den Kirchen Berlins zum erstenmale in Gebrauch gekommen. Das leise und laute Auftreten gegen dasselbe von Seite etlicher so ganz mit sich selbst fertigen und mit sich selbst so überzufriedenen Seelen, daß sie, des eigenen Heils gewiß, an nichts, als an die mögliche Verdammniß ihrer Nebenmenschen immerfort denken, dieses leise und laute Auftreten gehört, entweder in die wirklich unzugänglichen Tiefen des Gewissens, oder nur in die maskirten Schanzen äußerer Absichten, und da wir uns hierüber nicht zu entscheiden getrauten, so hätten wir auch diesen kleinen anfänglichen Vorgang mit Stillschweigen übergangen, und ihn als erledigt betrachtet. Nun aber diese Angelegenheit zu einer öffentlichen wird, gehört sie auch den politischen Blättern und zwar als Beleg, wie geistlicher Hochmuth stets mit jener christlichen Demuth im Widerspruch bleibt, mit der er selbst sich kopfhängerisch brüstet, während er seine individuellen Glaubensmeinung, ohne Duldung, ohne Schonung, ja nöthigenfalls durch leiblichen Zwang, aller Welt aufzwingen möchte. Eine so eben erschienene kleine Schrift: Kurz gefaßte Vergleichung des neuen Berliner Gesangbuches mit dem alten Vorst'schen; Leipzig bei Reich, ist eine Erwiderung der von Seite der Unberufenen öffentlich begonnenen Fehde. Das kleine Büchlein beginnt ironisch, als ob der Verfasser das alte Gesangbuch in Schutz nehme, endet aber mit würdevoll ergreifendem Ernst. Man erfährt, daß schon im Mai vorigen Jahres die hiesige Kirchenzeitung einen Aufsatz über Gesangbücher und Choralbücher verbreitete, welcher die Gemüther auf spätere spezielle Angriffe des Berliner Gesangbuches salbungreich vorbereiten sollte. Die Lieder, die in der kleinen Schrift aus dem Vorst'schen Gesangbuch zum Vergleich mit den neuen abgedruckt sind, streifen so sehr in das Gebiet des Burlesken und Obscönen, daß wir gern einen Schleier hierüber ziehen. Die politische Wichtigkeit der Angelegenheit gehört einzig hierher, und es ist diese, daß die Partei des Rückschritts und der Verdunklung in den Sphären des Denkens und Glaubens, die Anbeter jenes Götzen, welchen sie die alte gute Zeit nennen, der aber der Tod ist, oder vielmehr der Leichnam, in welchem kein organischer, wohl aber ein chemischer Prozeß vorgeht — wir sagen, daß die Partei des Rückschritts und der Verdunklung all überall heimlich und leise sich regt, und daß es dagegen kein gewisseres und sicheres Hülfsmittel gibt, als jene Oeffentlichkeit, die ihr ein Dorn im Auge ist. — Die politische Frage dieses kleinen Vorspiels ist aber die: Soll eine individuelle Glaubensmeinung gegen die Einsicht und die Gewissenhaftigkeit aller Berliner Geistlichen, die das Gesangbuch verfaßten, und aller Landesgeistlichen, denen es zur Prüfung vorgelegt war, sollen dagegen vierzig oder hundert Individuen, oder gar vielleicht nur Einem, aufreizen dürfen? Oder sollten, wenn sie Gewissenszweifel haben, diese Einzelnen sich nicht an ihre Seelsorger wenden und sich beruhigen und belehren lassen? Soll in liturgischen und in theologischen Angelegenheiten der Demos entscheiden? der Demos, der auch dann noch Demos bleibt, wenn er in seinen Vorreihen Oligarchen zählt? — Diese Frage kan in einem so wohl- und glücklich geordneten Staate wie der unsere nicht unberücksichtigt gelassen, sie wird entschieden werden.

O e s t r e i c h.

Wien, 12 Febr. Metallques 103 $\frac{1}{2}$; 4prozentige Metallques 96 $\frac{13}{16}$; Bankaktien 1284.

Verantwortlicher Redakteur, E. J. Stegmann.